66. Jahrgang

Anzeigen-Preis:
Für 10 gespalt. Zeile 5.— M., Reklametheil 20.— M.
Stellengesuche/ie 2 Mark

Als besondere Beilagen erscheinen: Zinsschein-Kalender, Allgemeine Verloosungslisten mit Rententen, Eisenbahnlisten der Preussischen, Süddeutschen Klassenlotterie und viele andere tabellarische Übersichten.

Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal

Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten

Berliner Börsen-Zeitung

Abend-Ausgabe mit Kurszettel.

Nummer 230.

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich 36.— Mark, monatlich 12.— Mark, bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterr., des tschechoslowak. Staates, Ungarn, Luxemburg, Schweiz, Niederlande, Dänemark, Schweden, Norwegen u. Bulgarien. Für das übrige Ausland ist der Bezug nur unter Streifband mit den nötigen Porto-Aufschlag durch die Expedition dieser Zeitung zulässig.

Bestellungen werden außerdem angenommen bei sämtlichen Zeitungsspeditionen und unserer Geschäftsstelle

Telegramm-Adresse: Börsenkrone | Fernspr. d. Schriftltg.: Zentrum 243 u. 12352 | Schriftleitung u. Geschäftsst.: W 8, Kronenstraße 37 | Freitag, 20. Mai 1921 | Fernspr. d. Druckerei: Zentrum 2488 | Postscheck-Konto: Berlin 26412 | Einzelpreis 40 Pf.

Das Orgeschphantom.

Die unabhängige „Freiheit" und die „Rote Fahne" bringen heute morgen einen — von einem hiesigen Vormittagsblatt mit Freuden kolportierten — Bericht über angebliche Ausschreitungen von bayrischen „Orgeschleuten" auf dem Dresdner Hauptbahnhof. Dort hielt gestern der Betriebsrat einen Transport von Kisten auf, die, wie die drei Blätter und ihre wohl in dem radikalen Betriebsrat sitzenden Gewährsleute behaupten, mit Stahlhelmen, Munition und Waffen gefüllt waren. Gleich darauf sei ein Zug aus München mit 1000 Orgeschleuten angekommen, die nach Oberschlesien transportiert werden sollen. Der Transportführer erklärte, es handle sich um heimattreue Oberschlesier, was der hohe Betriebsrat natürlich nicht glaubte. Darauf sei es zu einer blutigen Schlägerei gekommen, die zu angunsten der skeptischen Betriebsratmannen endete. Die Kisten wurden wieder eingeladen, der Transport ging weiter. In den drei Berichten taucht natürlich auch die obligatorische Brieftasche auf, die bei nächtlichen Konflikten zwischen Orgesch, Reichswehr oder ähnlichen nichtproletarischen Einrichtungen einerseits und den Vertretern des Proletariats andererseits stets eine Rolle in der Form spielt, daß der Bourgeois dem Proletarier die Brieftasche stiehlt.

Nebenbei sei bemerkt, daß nach unseren Informationen die Vorgänge teils lächerlich übertrieben, teils völlig unwahr dargestellt sind, und daß es sich selbstverständlich nicht um einen bewaffneten Kampftransport nach Oberschlesien handelt. Nebenbei sei auch bemerkt, daß es ein Skandal ist, wie der erste beste Eisenbahnarbeiter-Betriebsrat jeden Transport, den er für „verdächtig" hält, aufhalten kann. Es könnte nichts schaden, wenn endlich mit der ganzen Strenge des Gesetzes gegen Leute vorgegangen wird, die die Abwickelung des Eisenbahnverkehrs aus irgendwelchen Gründen gefährden. Das Bemerkenswerte an der Angelegenheit ist die Tatsache, daß die Berichte ein Glied in der Kette von agitatorischen Maßnahmen sind, die die radikalen Parteien und ihre Organe ergriffen haben, um die längst nicht mehr vorhandene Möglichkeit eines bewaffneten Eingreifens Deutschlands gegen die polnischen Insurgenten als Wiedererwachen der Reaktion und des Militarismus auszurufen. Diese politischen Schreier wissen selbst, daß sie ihre neue Hetze auf einem Aufgebilde aufbauen, aber sie brauchen eben um jeden Preis Bindemittel, um ihre Leute beieinander zu halten. Auf der Suche nach solchem Stoff wählen sie am liebsten Themen, die geeignet sind, Deutschland bei der Entente noch anrüchiger zu machen. Die französische Regierung, die die Forderung nach obermaliger „Entmilitarisierung" der Schutzpolizei z. B. im Wesentlichen auf die lügnerischen Argumente gestützt hat, die ihr von den deutschen Radikalen geliefert wurden, wird mit Freuden all die Behauptungen gegen uns ausnutzen, die die Unabhängigen und die Kommunisten über die angeblichen Vorbereitungen Deutschlands zur Eroberung Oberschlesiens in die Welt setzen.

* * *

Bd Dresden, 20. Mai.
Eigener Drahtbericht.

Zu den Vorgängen auf dem Dresdener Hauptbahnhof, wo nach Mitteilungen der unabhängigen Presse angeblich bayerische Orgeschleute, nach deren eigenen Aussagen jedoch heimattreue Oberschlesier, einen Zusammenstoß mit Bahnbeamten hatten, weil sie Waffen mit sich führten, wird uns mitgeteilt, daß sich Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes an den sächsischen Ministerpräsidenten gewandt haben, mit der Bitte, bei der zuständigen Reichsbehörde eine Untersuchung über die Vorkommnisse zu veranlassen. Der Ministerpräsident hat dieser Bitte entsprochen.

Für das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Oberschlesier.

Hilferuf der S. P. D. an die Internationale.

Berlin, 20. Mai.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat an das Bureau der Internationale folgenden Hilferuf geschickt:

„Erschütternde Hilferufe deutscher Volksgenossen, Nachrichten über zahlreiche Morde und Plünderungen, begangen durch die Banden Korfantys, wurden uns heute durch Parteigenossen, die unter Lebensgefahr aus dem von den Insurgenten besetzten Gebiet geflüchtet sind, überbracht. Offen tritt die französische Duldung des von der polnischen Regierung durch Korfanty inszenierten Ueberfalls zutage, der das für Deutschland günstige Plebiszit des oberschlesischen Volkes annullieren und den Obersten Rat vor eine vollzogene Tatsache stellen soll. Nur übermenschliche Anstrengungen und strengste Selbstzucht vermochten bisher, Notwehraktionen hintanzuhalten. Nur die Hoffnung auf eine schnelle Entscheidung geht der deutschen Bevölkerung die seelische Kraft zur Ertragung der unsäglichen Qualen. Wir erwarten vom Internationalen Bureau, ebenso wie von allen ihm angeschlossenen Sektionen der Internationale das Einsetzen aller Kräfte, um für das deutsche Volk in Oberschlesien das Recht der Selbstbestimmung gegen den polnischen Imperialismus zu sichern, dessen Expansionsdrang Europa in neue, unabsehbare Verwickelungen zu stürzen droht."

Frankreichs Parteinahme für Polen.

London, 20. Mai.

Der Sonderberichterstatter der „Times" in Kattowitz führt als Beweis für die Parteinahme der Franzosen zugunsten der Polen mehrere Fälle an, bei denen die Untätigkeit und die Unwilligkeit der Franzosen gegen die polnischen Aufständischen vorzugehen, deutlich zum Ausdruck kommen. Der Berichterstatter erklärt, die polnische Grenze stehe immer noch offen. Züge mit Vorräten und Munition für die Aufständischen liefen fast täglich ein. Ein Zeichen der wachsenden englandfeindlichen Stimmung sei, daß britischen Offizieren, die zu der Kommission gehören, von den Aufständischen nicht mehr gestattet werde, sich in dem von den Aufständischen besetzten Gebiete zu bewegen, wenn sie nicht im Besitze von Pässen sind, die das Hauptquartier der Aufständischen ihnen ausgestellt hat. Da die britische Sektion sich unbedingt weigert, die Autorität der Aufständischen in irgendeiner Weise anzuerkennen, laufen die britischen Beamten an verschiedenen Orten jetzt die größte Gefahr, abgeschnitten zu werden.

Die Erfüllung des Entwaffnungsultimatums.

Ablauf der ersten Frist heute Mittag.

Berlin, 20. Mai.

Am heutigen 20. Mai, mittags um 12 Uhr, ist die erste Frist abgelaufen, die von der Interalliierten Militärkommission in ihrer Note vom 12. Mai zur Ausführung des von Deutschland angenommenen Entwaffnungsultimatums gesetzt worden ist.

Innerhalb dieser Frist hatte die deutsche Regierung die von der Kommission festgesetzten Höchstzuweisungen an Kriegsmaterial für das Heer und an Ausrüstungsmaterial für die Seebefestigungen anzuerkennen; sie hatte sich der von der Kommission aufgestellten Liste der zur Herstellung von Heeresgerät zugelassenen Fabriken zu unterwerfen; es waren ferner die Befehle über die Ablieferung der von der Kommission nicht zugestandenen Geschütze, Waffen und des Gerätes der Landfestungen sowie über die Abgabe der überschüssigen Bestände an Ausrüstungsmaterial für die Küstenbefestigungen zu erlassen und der Kommission mitzuteilen; es waren endlich Maßnahmen zu treffen, um die Freiheit der von der Kommission ausübenden Kontrolle sicherzustellen und die zu diesem Zweck getroffenen Anweisungen zur Kenntnis der Kommission zu bringen.

Die geforderten Erklärungen sind sämtlich vor Ablauf der Frist vom Auswärtigen Amte im Namen der Reichsregierung vorbehaltlos abgegeben; der Befehl zur Ablieferung der nicht zugestandenen Geschütze, Waffen und anderen Bestände der Landfestungen ist vom Reichswehrminister bereits am 15. Mai, die anderen durch die Note vorlaufen Befehle sind am 19. Mai erlassen worden. Die aus der Annahme der betreffenden Bedingungen sich ergebenden Folgerungen sind sofort gezogen. Die nötigen Ausführungsanweisungen sind erteilt.

Die Konferenz in Boulogne.

Paris, 20. Mai.

„Petit Parisien" glaubt zu wissen, daß gestern die französische Regierung ihre Mitteilung an die englische Regierung durch eine Note ergänzt habe. In dieser Note erkläre Briand, er könne dem Zusammentritt des Obersten Rats in Boulogne zustimmen, jedoch stelle er als Bedingung, daß vorher eine Einigung in der oberschlesischen Frage erzielt werde.

Das Blatt glaubt ferner, die Regelung der oberschlesischen Frage sei mehr technischer Art und könne vom Obersten Rat nicht nützlicher Weise angeschnitten werden, bevor sie nicht von Sachverständigen vorbereitet sei. Mit einem Wort, Ministerpräsident Briand entziehe sich nicht den Verhandlungen, er verlange nur, wenn man einen verkrüppelten Zusammentritt des Obersten Rates provoziere, daß man nicht den Wagen vor die Pferde spanne.

* *

DA Basel, 20. Mai.

Wie die „Basler Nachrichten" aus wohlunterrichteter diplomatischer Quelle erfahren, dürfte die Auseinandersetzung zwischen Lloyd George und Briand um so lebhafter sein, als nicht nur die oberschlesische Frage, sondern auch die Aufhebung der Sanktionen auf der Tagesordnung steht. Die englische Regierung ist entschlossen, die sofortige Aufhebung der Ausfuhrzoll sowie die sofortige Rückgängigmachung der Besetzung der drei Rheinhäfen zu fordern, ganz besonders, weil sie in dieser Hinsicht bestimmte Zusicherungen an Deutschland gemacht hat. Es steht zu erwarten, daß Briand sich dem englischen Verlangen aufs äußerste widersetzen wird. Es kann aber jetzt schon mit Sicherheit vorausgesagt werden, daß Lloyd George mit größter Energie auf seine Forderungen beharren wird.

Vorbesprechungen zwischen Lloyd George und Briand.

Paris, 20. Mai.

Wie „Echo de Paris" meldet, ist es nicht ausgeschlossen, daß ein persönliches Zusammentreffen zwischen Lloyd George und Briand morgen, Sonnabend, in Boulogne stattfindet. Der Zusammentritt des Obersten Rates dürfte nicht vor Wochenfrist zu erwarten sein, da die Interpellationsdebatte in der Pariser Kammer sich voraussichtlich noch über die ersten Tage der kommenden Woche erstrecken wird.

Laut „Petit Journal" soll eine vorläufige Besprechung in Boulogne voraussichtlich am kommenden Sonntag stattfinden. In Boulogne werde Briand ausdrücklich Vorbehalte machen zu dem Standpunkte Lloyd Georges, daß die Entscheidung über Oberschlesien mit Stimmenmehrheit getroffen werden soll. Die französische Regierung werde die Auffassung vertreten, daß diese Entscheidung nur mit Stimmeneinheit getroffen werden könne.

Aufschub der Abreise Sforzas.

Rom, 19. Mai.
Stefani.

Graf Sforza hat seine Abreise nach Boulogne aufgeschoben.

Briands bevorstehende Kammerrede.

Paris, 20. Mai.

Havas meldet, daß nach Ansicht unterrichteter Persönlichkeiten Ministerpräsident Briand heute in der Kammer das Wort ergreifen wird, und zwar wahrscheinlich nach den Abgeordneten Cachin und Forgeot. Es habe nicht den Anschein, daß die gegenwärtig im Gange befindlichen Interpellationen vor Sonnabend abend oder den ersten Tagen der folgenden Woche beendet sein werden.

Eine neue Konferenz unter Teilnahme Deutschlands?

DA London, 20. Mai.

In englischen diplomatischen Kreisen plant man außer der jetzt zusammentretenden Konferenz eine neue Beratung des Obersten Rates, zu welcher auch Vertreter Deutschland hinzugezogen werden sollen. Diese Konferenz wird für die zweite Hälfte des Monats Juni geplant und soll in Italien stattfinden.

Neue Bankettrede Lloyd Georges.

London, 19. Mai.

Bei dem heute abend zu Ehren des neuen amerikanischen Botschafters Harvey gegebenen Essen begrüßte der Herzog von Connaught den Botschafter in einer herzlichen Ansprache und brachte das Hoch auf ihn aus.

In seiner Erwiderung betonte Harvey, daß die Aufgabe, mit der ihn Harding betraut habe, nicht nur darin liege, die bestehenden herzlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern aufrechterhalten, sondern sie noch zu verstärken. Bezüglich der Reparationsfrage erklärte er, hohe britische Beamte hätten ihm freimütig zugegeben, daß die amerikanische Erklärung den Ausschlag gegeben habe, die Deutschen davon zu überzeugen daß weitere Zeitvergeudung nutlos sei. Dann erinnerte Harvey an den Beschluß, die amerikanische Vertretung im Obersten Rate wiederaufzunehmen, und fragte: Könnte ein besserer Beweis für die Geneigtheit der amerikanischen Regierung gewünscht werden, ihr Versprechen herzlicher Mitwirkung auf allen Wegen zu erfüllen, die nicht nur mit ihrer anerkannten Politik unvereinbar sind, deren Ziel es ist, Frieden und Wohlstand in der ganzen Welt wieder herzustellen.

Bezüglich des

Völkerbundes

sagte Harvey, es gebe noch Leute, die zu glauben schienen, daß die Vereinigten Staaten sich noch dem Völkerbunde anschließen könnten. Das amerikanische Volk habe mit einer Mehrheit von 7 Millionen Stimmen dagegen ausgesprochen. Die Regierung könne daher, ohne zum Verräter an ihren Wählern zu werden, nichts mit dem Völkerbunde oder irgendeiner Kommission oder einem Ausschuß, der von ihm ernannt sei, oder irgendeiner Verantwortung ihm gegenüber zu tun haben und wolle dies auch nicht.

Lloyd George erklärte, die gute Absicht zur Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und Amerika sei die sicherste Bürgschaft für den Weltfrieden. Er freue sich, daß Harvey die Vereinigten Staaten im Obersten Rat vertrete und der bevorstehenden Konferenz beiwohnen werde. Dann kam der Premierminister kurz auf

die europäische Lage

zu sprechen, wobei er sagte: In Mitteleuropa bestanden alte Todfeindschaften, die mit dem Frieden wieder zu vollem kräftigen Leben erstanden sind. Es ist schwer, sagte Lloyd George, klug und wohlbedachten inmitten all dieser alten Konflikte seinen Weg zu machen.

Weiter erklärte Lloyd George, die zukünftige Wohlfahrt der Welt hänge mehr von dem guten Einvernehmen und der engen Zusammenarbeit zwischen England und Amerika, als von irgendeiner anderen Tatsache ab. Sie sei die beste und sicherste Gewähr für den Weltfrieden. Der Beschluß der Vereinigten Staaten, Harvey als Vertreter in den Obersten Rat zu entsenden und ihn an der bevorstehenden Sitzung teilnehmen zu lassen, sei ein ungeheurer, denn es sei wesentlich für den Frieden der Welt, daß Amerika dabei sei. Wenn dieser Krieg nicht der letzte sei, dann werde der nächste Europa in Trümmer legen. Es ist wesentlich, daß wir Mittel finden, um die Nationen aus diesem Sodbrunnen des Hasses und der Entwürdigung herauszuziehen, und zwar aus Gründen eigener Sicherheit. Wir sind froh, daß die Vereinigten Staaten gekommen sind, nicht weil wir sie in diese Streitigkeiten hineinziehen wollen, sondern weil wir wollen, daß Amerika uns heraushilft. Die Ereignisse im Handelsleben in den letzten Monaten haben bewiesen, wie abhängig nicht nur eine Nation Europas von der anderen, sondern wie abhängig ein Kontinent von dem anderen ist. Der Beschluß der Vereinigten Staaten erzeugt daher Hoffnung in unserer Brust. Er begrüßte Harvey als Vertreter der großen Demokratie des Westens im Rate der Nationen der Welt.

Harvey erklärte in seiner Rede, er sei von seiner Regierung ermächtigt und angewiesen worden, daß, falls eine Sitzung des Obersten Rates zur Erörterung der oberschlesischen Frage stattfinden sollte, er in dieser den Präsidenten der Vereinigten Staaten zu vertreten habe.

* * *

London, 20. Mai.

„Daily Chronicle" schreibt: Die Rede Harveys läuft etwa auf folgende Erklärung hinaus: Wir sprechen nicht mit derselben Stimme wie unsere demokratischen Vorgänger, wir sprechen jedoch trotzdem an der äußersten Freundschaft für Euch. Wir haben nicht die Absicht, mit Euch auf der Linie zusammenzuarbeiten, die unsere Vorgänger im Sinne hatten, mitwirken wollen wir jedoch. Am Völkerbunde wollen wir nicht teilnehmen, im Obersten Rat jedoch, im Botschafterrat und in der Reparationskommission werden wir hilfreich mitarbeiten.

„Times" bezeichnet den Beschluß der Vereinigten Staaten, sich im Obersten Rat bei einer Erörterung der oberschlesischen Frage vertreten zu lassen, als eine kluge Entscheidung, die in England mit tiefer Befriedigung aufgenommen werde. Das Blatt erklärt, ein Friede, der mit Recht und Gerechtigkeit vereinbar sei, sei die Hauptnotwendigkeit für die Völker. Die Erklärung Harveys über die Stellungnahme der Vereinigten Staaten zum Völkerbund werde in manchen Kreisen Frankreichs große Enttäuschung hervorrufen.

„Daily Express" schreibt: Harding hat in seiner Rede den Völkerbund begraben. Der Völkerbund hat jedoch einen besseren Ersatz gefunden. Für das vom Kriege zerschlagene Europa besteht jetzt eine neue Hoffnung.

Antimilitaristische Kundgebungen beim Ausmarsch französischer Truppen.

Paris, 20. Mai.

„Petit Parisien" meldet aus Dijon: Im Augenblick des Abganges von Infanterie und Jägern zu Fuß nach dem Rhein fanden einige Kundgebungen statt. Es sei notwendig gewesen, anderes Militär in Anspruch zu nehmen, um die Kundgebungen zu unterdrücken. Der Militärzug hätte trotzdem unter dem Gesang der Internationale abgehen können. Es sei den Offizieren durch ihr entgegenkommendes Verhalten möglich gewesen, die Soldaten zur Ruhe zu veranlassen. „Humanité" stellt den Zwischenfall etwas ernster dar und erklärt, er hätte sich in einem Reservelazarett bei Dijon in der Nacht zum Mittwoch ereignet. Die Soldaten hätten den Gesang „Krieg dem Krieg" angestimmt.

Der Kieler Kanal und der deutsche Handel.

Von
Ferdinand Hoff, M. d. L.

Unter den künstlichen Wasserstraßen der Erde nimmt der in den Jahren 1887—95 erbaute und 1907—14 in großzügiger Weise erweiterte Kaiser Wilhelm- oder Kieler Kanal nach Breite, Tiefe und Abmessung der Eingangstore unbestritten den ersten Rang ein. Die neuen Doppelschleusen bei Holtenau und Brunsbüttel haben eine nutzbare Kammerlänge von 330, eine lichte Weite von 45 und eine Sohlentiefe von 14,1 Meter, während die Schleusen des Panamakanals eine Länge von 305 und eine Breite von 33,5 Meter aufweisen. Da z. B. der „Imperator" eine Länge von 276, eine Breite von 27,5 und einen Tiefgang von 11 Metern besitzt, gestatten sie den größten Ozeanriesen den Eingang in den Kanal, der ihnen bei einer Breite von 103 Meter an der Wasserlinie, 44 Meter an der Kanalsohle und einer Tiefe von 11,5 Meter eine sichere Durchfahrt ermöglicht.

So nach Abmessung und technischen Einrichtungen den anderen Großwasserstraßen der Welt überlegen, kann der Kieler Kanal in bezug auf Abkürzung des Weges und damit an Zeit und Kostenersparnis nicht annähernd den Vergleich mit dem Suez- und Panamakanal aufnehmen. Die Kanalabgaben müssen sich daher naturgemäß in engen Grenzen halten, wenn sie nicht prohibitiv wirken sollen. Da eine Verzinsung des Anlagekapitals von ca. 400 Millionen Goldmark ausgeschlossen ist, wäre der Kanal in seinem eben dargelegten Abmessungen als reine Handelsstraße wohl kaum je gebaut worden. Seine Entstehung verdankt er vielmehr, wie allgemein bekannt ist, strategischen Erwägungen. Er verdoppelt gewissermaßen den Kampfwert der deutschen Flotte, indem er derselben in wenigen Stunden die Verschiebung von der Nordsee in die Ostsee und umgekehrt gestattete. Diesem Umstand war es zweifellos in erster Linie mit zu verdanken, daß während des ganzen Weltkrieges kein ernsthafter Angriff auf die deutschen Küsten unternommen wurde.

Dieses strategisch-militärischen Charakters ist der Kanal durch den Ostkontinuenten von Versailles entkleidet. Um so schärfer tritt damit die friedliche Bedeutung desselben als Schiffahrts- und Verkehrsstraße in den Vordergrund. Dieselbe ist auch von der Entente erkannt und anerkannt worden. Zum Glück wurden die auf eine Internationalisierung des Kieler Kanals gerichteten Bestrebungen fallen gelassen. Dafür aber sind im Artikel 380 bis 386 des Versailler Friedensvertrages besondere „Bestimmungen über den Kieler Kanal" gegeben worden, die insofern einer Internationalisierung nahe kommen, als der Kanal in Zukunft „allen mit Deutschland im Frieden befindlichen Nationen für ihre Handels- und Kriegsschiffe gleichberechtigt frei und offen stehen" soll. Jede unterschiedliche Behandlung der Schiffe ist Deutschland untersagt. Abgaben dürfen nur soweit erhoben werden, als sie zur Deckung der Kosten für die Aufrechterhaltung der Schiffbarkeit, für Verbesserungen oder im Interesse der Schiffahrt notwendig erscheinen. In Artikel 385 ist bestimmt, daß keine Bauten irgendwelcher Art ausgeführt werden dürfen, welche die Schiffahrt im Kanal oder an seinen Zugängen behindern können.

Diese Bestimmungen, welche Deutschland das freie Verfügungsrecht über seinen größten Kanal nehmen, zeigen zugleich, eine wie große wirtschaftliche Bedeutung der Kieler Kanal auch in den Augen unserer ehemaligen Feinde besitzt. Diese im Interesse des wirtschaftlichen Wiederaufbaues voll auszunutzen, stellt eine dringende und bedeutsame allgemeine deutsche Aufgabe dar. Durch eine Steigerung des Durchgangsverkehrs allein kann dem deutschen Interesse schon deswegen nicht voll genügt werden, weil die Kanalabgaben nur die „Unkosten" decken dürfen. Es wird vielmehr auch im allgemeinen deutschen Interesse notwendig sein, den Kanal unmittelbar für Handelszwecke auszunutzen.

In diesem Punkte aber begegnen sich die allgemein deutschen mit den Interessen der Marinestadt Kiel. Im Jahre 1864 eine Stadt von reichlich 18 000 Einwohnern war Kiel durch die Marine und mit ihr in verhältnismäßig kurzer Zeit zu einer Großstadt von nahezu einer Viertelmillion Einwohnern aufgestiegen. Gang auf die Marine und ihre Bedürfnisse eingestellt, mußte der jähe Zusammenbruch derselben die wirtschaftliche Grundlage der Marinestadt auf das schwerste erschüttern und gefährden. Keine zweite Großstadt Deutschlands ist durch den unglücklichen Ausgang des Krieges so schwer betroffen wie Kiel. Eine glückliche Verbettung der Umstände aber bringt es mit sich, daß der Kieler Kanal — einst im Interesse der Marine erbaut — nunmehr nach Zusammenbruch derselben die Möglichkeit dazu bietet, der schwer betroffenen Marinestadt Kiel zu einer neuen wirtschaftlichen Grundlage zu verhelfen.

Infolge der Lage am Kanal zugleich der östlichste Punkt der Nordsee und der westlichste Punkt der Ostsee, ausgerüstet mit einem der besten und sichersten Häfen der Welt, sind für Kiel alle natürlichen Voraussetzungen gegeben, um im Umschlagsverkehr der Ostsee eine führende Stelle einzunehmen und hier besonders mit Kopenhagen in eine aufschiebende Konkurrenz zu treten. — Wagemutig ist die Kieler Kaufmannschaft und Stadtvertretung gleich nach Beendigung des Krieges an die Aufgabe herangetreten, an der Mündung des Kieler Kanals unter unmittelbarer Nutzbarmachung jetzt überflüssig gewordener Marineanlagen einen Umschlags- und Freihafen zu errichten, um dadurch der Stadt eine neue wirtschaftliche Grundlage zu geben und Deutschland zu gleicher Zeit Jenjenigen Anteil an dem Ostseehandel zu sichern, der durch das Bestehen der großen Verkehrsstraße des Kanals ermöglicht und gegeben erscheint. Sache der Marinebehörden, der Reichs- und Staatsregierung wird es sein, durch eine weitschauende Unterstützung dieses Projektes nicht nur einer wirtschaftlich schwer erschütterten Stadt zu helfen, sondern auch das große Werk des Kieler Kanals, nachdem dieser seine militärische Bedeutung verloren hat, für den deutschen Handel vollwertig nutzbar zu machen.